

Rückblick : beide Kammern für mehr Solidarität

Autor(en): **Crivelli, Pablo / Manouk, Georges**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **29 (2002)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-910087>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Beide Kammern für mehr Solidarität

PABLO CRIVELLI

Die beiden Parlamentskammern haben zum Abschluss der Frühlingsession der Einrichtung der Solidaritätsstiftung zugestimmt.

ES WAR REINER ZUFALL, dass die Schlussabstimmung nur wenige Stunden vor der Präsentation des zusammenfassenden Berichts der Bergier-Kommission zum Verhalten der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs stattfand. Eine Ablehnung des im Jahre 1997 lancierten Projekts, das die Gründung eines Solidaritätsfonds mit den Erträgen aus dem Verkauf der überschüssigen Goldreserven der Nationalbank vorsieht, hätte einen peinlichen Schatten auf die Arbeit der Historiker geworfen. Diese Befürchtungen erwiesen sich jedoch bereits während des Sessionsverlaufs als unbegründet, nachdem die CVP, anders als die FDP, wissen liess, dass sie die Schweizerische Solidaritätsstiftung gemein-

sam mit den Sozialdemokraten in der Schlussabstimmung unterstützen würde. Das letzte Wort wird jedoch das Volk haben – die Abstimmung ist für den Herbst geplant. Der Gesetzestext zur Stiftung wird in Konkurrenz zur SVP-Goldinitiative in die Vernehmlassung geschickt. Die SVP will die gesamten Erträge aus dem Goldverkauf der AHV zukommen lassen. Der vom Parlament genehmigte Gegenvorschlag sieht vor, die aus dem Goldverkauf anfallenden Zinserträge während 30 Jahren in einen Spezialfonds fliessen zu lassen; jedes Jahr würde diese Summe – mehrere Hundert Millionen Franken – je zu einem Drittel dem Bund, den Kantonen und der Schweizerischen Solidaritätsstiftung zufließen. Die Stiftung hat eine «Laufzeit» von 30 Jahren. Das verbleibende Kapital würde danach zwischen Bund, Kantonen und AHV aufgeteilt. Der Ständerat hätte es zwar lieber gesehen, wenn zwei Drittel an die Kantone und ein Drittel an den Bund gegangen wären, beugte sich jedoch schliesslich dem Vorschlag

des Nationalrats, der mindestens ein Drittel der AHV zukommen lassen will. Die SVP-Initiative wurde von beiden Kammern abgelehnt.

Der Ständerat befasste sich mit der Armee XXI. Die Armee der Zukunft wird auf einen Bestand von 200 000 Wehrpflichtigen verkleinert, und die zukünftigen Soldaten werden 18 Wochen Rekrutenschule sowie sieben dreiwöchige Wiederholungskurse zu leisten haben. Der Bundesrat hatte eine 21-wöchige RS vorgeschlagen, doch der Ständerat zog die kürzere und damit wirtschaftsfreundlichere Variante vor. Weitere Neuheit: Jedes Jahr werden 3000 junge Soldaten die Rekrutenschule sowie alle sieben Wiederholungskurse in einem Schub absolvieren können («Durchdiener»).

In Zukunft wird es möglich sein, mit 100 000 Unterschriften eine Gesetzes- und nicht nur eine Verfassungsänderung zu beantragen.

Übersetzt aus dem Französischen durch G. Manouk.

BRIEFKASTEN

Ist das korrekt?

SR 06/2001, AUNS-Inserat

Die «Schweizer Revue» lese ich mit grossem Interesse. In der Dezember-Ausgabe 2001 stiess ich auf ein Inserat der AUNS. Ist das wirklich korrekt? Ich denke, dass in einer Zeitschrift, welche für viele Auslandschweizer die wichtigste Informationsquelle über die Geschehnisse in der Schweiz darstellt, kein Platz für Anzeigen solcher extremen Gruppen sein sollte.

Dr. med. O. Masner, Revnice (Tschechien)

Neutral bleiben

SR 06/2001, Inserat der AUNS

Wenn Sie ein Inserat der AUNS akzeptieren, das dafür wirbt, am 3. März Nein zu stimmen, so sollten Sie eigentlich auch ein Pro-Uno-Inserat schalten. Oder zumindest, nach dem Artikel «Kommt diesmal der Uno-Beitritt zu Stande?» von Herrn

Tschanz, die Position des Bundesrates zu dieser Abstimmungsvorlage abdrucken. Ganz einfach um neutral zu bleiben, wie es ja auch die AUNS fordert!

Michel Edelmann, Denia Alicante (Espagne)

Ärger über ein Inserat

SR 06/2001, Inserat der AUNS

Als Auslandschweizerin lese ich die «Schweizer Revue» regelmässig. Ich war befremdet, um nicht zu sagen verärgert darüber, dass Sie in Ihrer Ausgabe vom Dezember 2001 ein AUNS-Inserat abdrucken. Ist es nicht absurd, von Personen, die sich dazu entschlossen haben, als Fremde in einem anderen Land zu leben, zu erwarten, dass sie sich für eine politische Gruppierung interessieren oder diese gar unterstützen, von der wohl bekannt ist, dass sie in Aktivitäten rassistischer Diskriminierung und

politischer Unkorrektheit verwickelt ist?

Petra Lott, Los Angeles, USA

Bitte weniger Chauvinismus!

SR 06/2001, «Die Senioren kommen»

Gerne blättere ich die «Schweizer Revue» durch. Über eine weniger chauvinistische Darstellung der Schweiz würde ich mich jedoch freuen. Das Leben in der Schweiz ist oft nicht so perfekt wie beschrieben. Dies besonders für Auslandschweizer, die lange im Ausland gelebt haben. Eine richtige Integration von jungen Erwachsenen, die im Ausland aufgewachsen sind, findet leider nur auf dem Papier statt. Eine Statistik über «Wieder-Auswanderer» gibt es wahrscheinlich nicht, aber die Zahl der Doppelbürgerschaften in Europa spricht für sich.

Gabriele Geyer, Krefeld (Deutschland)

Information kommt zu spät

SR 06/2001, Uno

Die Ausgabe 06/2001 habe ich am 5. März 2002 erhalten. Der Poststempel ist vom 1. März 2002! Ich vermute, die Revue wurde geschaffen, um die Auslandschweizer in aktuellen Dingen zu informieren. In jener Ausgabe sind in einem Inserat wichtige Artikel der Uno-Charta, aus welchen klar hervorgeht, dass ein Land, das der Uno beiträgt, nicht mehr neutral sein kann, abgedruckt. Es wäre enorm wichtig gewesen, wenn Auslandschweizer, die das Stimmrecht wahrnehmen, vor der Abstimmung diese Artikel mit den «Erläuterungen des Bundesrats» (Seite 9) hätten vergleichen können. Ich meine, die «Schweizer Revue» sollte etwas schneller informieren, oder?

Otto Kindschi, Bangkok